



## Sächsische Politiker von CDU und FDP unter Korruptionsverdacht

Sächsische Politiker von CDU und FDP stehen unter dem Verdacht, ihre Ämter in strafbarer Weise missbraucht zu haben. Deshalb erstattete der Dresdner Landtagsabgeordnete André Schollbach, der von Beruf Rechtsanwalt ist, jetzt Strafanzeige wegen Erpressung gemäß § 253 Abs. 1 StGB bei der Staatsanwaltschaft Dresden.

Der Hintergrund: Kürzlich veröffentlichte das Nachrichtenmagazin SPIEGEL ONLINE ein von den Journalisten Frank Hornig und Steffen Winter mit Martin Roth geführtes Interview. Darin antwortete der langjährige Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden auf die Frage, wie er die Stadt Dresden in seiner Zeit als Museumsdirektor erlebt habe, das Folgende:

„Ich könnte jetzt stundenlang Anekdoten erzählen. Zum Beispiel vom früheren Ministerpräsidenten Georg Milbradt. Er wollte die 550 Jahre alten Kunstsammlungen Sachsens auflösen, weil er meinte, man brauche sie im 21. Jahrhundert nicht mehr und verteile sie lieber in der sächsischen Provinz. Ein FDP-Politiker warnte mich, er werde meinen Museumsetz kürzen - sofern ich nicht einen Auftrag an seine Privatfirma erteile. Ein CDU-Grande drohte ebenfalls mit Folgen für meine Museen, sollte ich seinen Sohn nicht einstellen.



Foto: I-vista / pixelio.de

Selbst dass ich meinen Skiurlaub nicht in Deutschland verbracht hatte, wurde von einem Christdemokraten kritisiert. Ein hoher Landesbeamter hat mir damals seine eigene Unterwürfigkeit als Vorbild dargestellt: Er diene in Vasallentreue seinem Minister, so wie treue Gefolgsleute einst Napoleon gedient hätten. Dasselbe erwarte er auch von mir. Wie soll eine Bevölkerung unter solchen Umständen ein demokratisches Verständnis entwickeln?“

Aus den in dem Interview beschriebenen Sachverhalten ergibt sich der Verdacht der Erpressung gemäß § 253 Abs. 1 StGB gegen die nicht namentlich genannten Politiker von CDU und FDP. Denn gemäß § 253 Abs. 1 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit

Geldstrafe bestraft, wer einen Menschen rechtswidrig durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung nötigt und dadurch dem Vermögen des Genötigten oder eines anderen Nachteile zufügt, um sich oder einen Dritten zu Unrecht zu bereichern. Die Identität dieser Politiker sowie die konkreten Umstände des in dem Interview beschriebenen Geschehens dürften sich ohne weiteres durch eine Vernehmung von Herrn Roth ermitteln lassen. Der Landtagsabgeordnete André Schollbach sagt dazu: „Sachsen ist unter der Herrschaft der CDU offenbar zu einem Selbstbedienungsladen für einige Politiker verkommen. Derartige Entwicklungen sind nicht hinnehmbar. Ich fordere daher eine zügige und umfassende Aufklärung der bekannt gewordenen Sachverhalte.“

## DIE LINKE startet Bürgersprechstunden in der gesamten Stadt

von Max Kretzschmar

Die Stadträtinnen und Stadträte der LINKEN werden in den Monaten März und April in der gesamten Stadt mit Bürgersprechstunden präsent sein. Insgesamt siebzehn Mal wollen die Ratsmitglieder den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort stehen. Dabei soll auch über den Stand der Umsetzung der zwischen LINKEN, Grünen, SPD und PIRATEN im vergangenen Jahr abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung sowie über die nächsten Vorhaben informiert werden. Wichtige Themen werden die Einführung eines Sozialtickets für Bus und Bahn, die Sanierung der Königsbrücker Straße, unsere Aktivitäten gegen steigende Wohnungsmieten sowie die im Sommer bevorstehende Wahl der Bürgermeister sein. Die Stadträtinnen und Stadträte werden aber auch ein offenes Ohr für Hinweise und Vorschläge sowie

BÜRGER  
Sprechstunde

unter freiem Himmel



06.03. 9 bis 11 Uhr  
Lingnermarkt

André Schollbach H.-J. Muskulus  
Fraktionsvorsitzender Stadtrat

www.linke-fraktion-dresden.de

für Kritik haben. Die Dresdnerinnen und Dresden sollen u. a. über Plakate (siehe Grafik), die Tagespresse und das Internet über die Bürgersprechstunden informiert werden. Den Auftakt macht am 06. März LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach, der gemeinsam mit Stadtrat Hans-Jürgen Muskulus eine Bürgersprechstunde auf dem Lingnermarkt durchführt. André Schollbach sagt dazu: „Wir wollen über unsere Arbeit im Stadtrat informieren, aber auch Anregungen der Dresdnerinnen und Dresdner aufnehmen. Das kann man am besten vor Ort, wenn man mit den Leuten ins Gespräch kommt.“ Die unter freiem Himmel veranstalteten Bürgersprechstunden gab es bereits in der vergangenen Wahlperiode und werden nun durch die Fraktion DIE LINKE fortgeführt.

### Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

**Freitag, 06. März**  
09 bis 11 Uhr  
Freitagsmarkt  
Helmut-Schön-Allee

Fraktionsvorsitzender  
**André Schollbach, MdL und Stadtrat Hans-Jürgen Muskulus**

**Montag, 09. März**  
16 bis 18 Uhr  
Waldschlößchenbrücke  
(vor Frida-Markt)

Stadträtin **Jacqueline Muth** und Stadtrat **Dr. Martin Schulte-Wissermann (PIRATEN)**

**Mittwoch, 11. März**  
Ab 16 Uhr  
Käthe-Kollwitz-Platz

Stadträtin **Anja Apel**

**Mittwoch, 11. März**  
18 Uhr  
Ausländerrat Dresden e.V.  
Heinrich-Zille-Str. 6

Stadträtin **Kerstin Wagner**

**Donnerstag, 12. März**  
15:30 bis 17:30 Uhr  
FC-Weiskopf-Platz

Stadtrat **Norbert Engemaier (PIRATEN)**

**Freitag, 13. März**  
15 bis 17 Uhr  
Fetscherplatz

Stadtrat **Tilo Kießling** und Stadtrat **Tilo Wirtz**

**Montag, 16. März**  
15:30 bis 17 Uhr  
Körnerplatz

Stadträtin **Annekatriin Klepsch, MdL**

Weitere Termine folgen in der nächsten Ausgabe.

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: [www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter](http://www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter)

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Februar 2015

# DRUCKSACHE #2

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



FÜR EINE NEUE WOHNUNGSPOLITIK

## Besonderer Bedarf

73.000 Menschen mit Behinderung, Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen suchen händeringend nach bezahlbarem Wohnraum. Jetzt bewegt sich was.

Im Januar 2015 schlossen die Servicebüros der Gagfah in Dresden ihre Pforten. Seitdem verenden Mieter in der Telefon-Warteschleife. Mehr Effizienz, weniger Mieterfreundlichkeit – nicht das einzige Beispiel:

In der Jakobsgasse sollen neue Balkone angebaut werden. 93 Euro pro Monat mehr für die Mieter. Der Knüller: Der Anbau der Balkone soll nicht an das Wohnzimmer, sondern an das Schlafzimmer erfolgen, Heizkörper müssen ersetzt, Heizstränge neu verlegt werden. Wohnraum in Dresden ist knapp, Mieterinnen und Mieter sind der Gagfah oft alternativlos ausgeliefert.

Ein Schritt zur Linderung dieser Situation ist die Vereinbarung von Durchführungsverträgen mit privaten Investoren, um Wohnungsneubau für breite Schichten zu ermöglichen.

Oder: einzelne Flächen können festgesetzt werden, auf denen nur Wohngebäude für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedarfen gebaut werden – gerade für junge Familien mit Kindern sowie ältere und auch gesundheitlich beeinträchtigte Menschen wichtig.

**Ein erster Schritt wurde heute getan – der Stadtrat stimmte dem LINKEN-Antrag "Neue Wohnungspolitik in einer wachsenden Stadt" zu.**

### Auf Antrag der AfD:

AKTUELLE STUNDE - SATZUNG ÜBER DIE BEREITSTELLUNG, BENUTZUNG UND BETREIBUNG VON UNTERBRINGUNGSEINRICHTUNGEN FÜR ASYLBEWERBER SOWIE FLÜCHTLINGE



### Erwidern von Stadträtin

#### Kerstin Wagner - Auszug:

Dieselbe Partei, die in Hamburg die Intendantin des Kampnagel-Theaters angezeigt hat, weil sie Flüchtlinge unterbringen möchte, will die Satzung zur Unterbringung von Flüchtlingen ändern! Mit welchem Ziel? 6 Quadratmeter stehen jeder volljährigen Person zu, die auf der Flucht vor Diskriminierung, Vertreibung, Krieg, Verfolgung, Tod und Elend Schutz in Deutschland suchen. – Und was finden sie hier? Ein Zimmer, dass sie (wenn es klein genug ist) mit (nur) einer Person teilen müssen, die sie nicht kennen, die möglicherweise schwer traumatisiert ist, mit der sie über Monate und manchmal Jahre auf engstem Raum zusammenleben müssen.

Und was genau bezwecken Sie mit der angestrebten Satzungsänderung? Möchten Sie die Unterbringung menschlicher machen? Deutschkurse von Anfang an? Wollen Sie, dass zumindest die Möglichkeit besteht, dass die Menschen für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen – und zwar von Anfang an? Wollen Sie die Gesundheitsversorgung verbessern? Nach allem was ich von der AfD gehört haben, wollen Sie genau das nicht.

Was den Bürgerinnen und Bürgern sowie allen Betroffenen helfen würde ist nicht die Satzungsänderung. Was helfen würde ist folgendes: Bringen Sie sich ein! Helfen Sie geflüchteten Menschen!

Hören Sie zu, wenn jemand eine Geschichte zu erzählen hat, von der sie etwas lernen können. Etwas lernen über die Folgen von Kriegen, von denen wir profitieren – Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt! Kämpfen Sie zusammen mit den Flüchtlingen für deren Rechte – zum Beispiel **am 28. Februar ab 14 Uhr am Theaterplatz!**



Kürzlich wandte sich der Verein SV Flugzeugwerfer e.V. an uns – Problem: Der Verein möchte für seine Mitglieder einen geringeren Beitrag festsetzen als es die Sportförderlinie der Stadt vorsieht. Dies ist ihm aus Sicht der Stadtverwaltung nicht gestattet, wodurch die Mitglieder einen höheren Beitrag zahlen müssten als der Verein überhaupt verlangt und braucht. Für die Mitglieder sind höhere Beiträge kaum zu bezahlen. Durch Anrufe und Zuschriften ist mittlerweile klar: Mehr als ein Dutzend weiterer Dresdner Vereine hat dasselbe Problem. **Die Regelung in der aktuellen Richtlinie ist nicht nur unsinnig, sondern unsozial.** Daher haben SPD, Grüne und LINKE einen Eilantrag eingebracht, der diesen Zustand beheben soll. Die Oberbürgermeisterin sah allerdings keinen Handlungsbedarf und verhinderte eine Befassung. Wir bleiben dennoch am Ball: Im März steht der Antrag wieder auf der Tagesordnung.



Dieser Donnerstag war der vorletzte Arbeitstag von Oberbürgermeisterin Helma Orosz. Noch einmal rief sie 7 "bewegt Jahre" in Erinnerung, in der nach eigenen Worten "politische Handlungsfelder" ihren Alltag bestimmten. Fraktionsvorsitzender André Schollbach überreichte Blumen mit den Worten: "Wir waren zwar nicht immer einer Meinung, aber unsere politischen Auseinandersetzungen waren stets spannend." Er wünschte ihr persönlich alles Gute sowie Gesundheit.



# Wir verändern was

von Thomas Feske

Das Signal ist klar: Rot-grün-rot bewegt etwas. Viele Projekte brauchen Zeit. Die zukünftige Gestaltung der Königsbrücker Straße wird einer Prüfung zugeführt, die vor allem die Interessen von Anliegerinnen und Anliegern, Anwohnerinnen und Anwohnern in den Blick nimmt. Der Umgang mit dem Areal Leipziger Straße/Alexander-Puschkin-Platz folgt dem gleichen Prinzip. Für die Großprojekte in der Leipziger Vorstadt, unter anderem die Hafencity, warten wir die Hochwasserlinien ab, um zu schauen, was in Verantwortung für Umwelt und Natur machbar ist und was nicht.

Bei all dem geht viel zu oft unter, dass schon jetzt Tatsachen geschaffen wurden, die unsere Stadt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und ökologischer

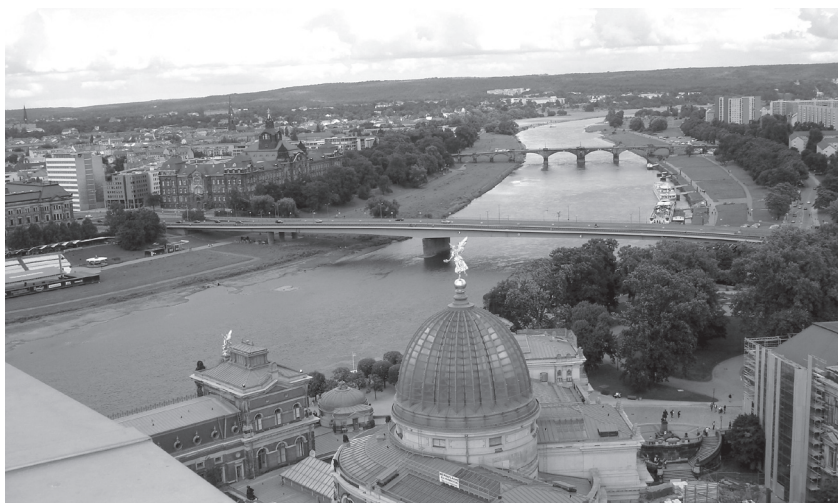


Foto: Henry Keßler / pixelio.de

Nachhaltigkeit verändern werden. Der durch die neue Mehrheit beschlossene Haushalt legt die Grundlage dafür: Die Fraktion DIE LINKE hat mit ihren Partnern den Betreuungsschlüssel für Asylsuchende in ihren Unterkünften verbessert, mehr Geld für Schultoiletten eingeplant, für den Eigenbetrieb Sportstätten, die Dresdner Theater, sowie die Fortführung des Bildungsbüros sichergestellt.

Diese Entscheidungen sind der sozialen Realität in unserer Stadt geschuldet. Insbesondere im Sozialbereich folgen den Haushaltsbeschlüssen nun konkrete Schritte der Umsetzung, die ein Signal an die Dresdnerinnen und Dresdner sind, dass es ihre Stimme braucht, damit die Fraktion etwas verändern kann.

## Soziale Spaltung in Dresden: Ein alarmierendes Signal!

von Kerstin Wagner

In Sachsen ist die Armutsquote deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Sie liegt bei über 18 Prozent. Das geht aus einem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hervor: ein alarmierendes Signal.

Der 20. Februar ist der Welttag der sozialen Gerechtigkeit. Die nüchterne Bestandsaufnahme, die der Paritätische Wohlfahrtsverband anlässlich dieses Tages vorgelegt hat, spricht Bände über die Situation in Deutschland.

Unsere Gesellschaft ist tief gespalten. Daran trägt auch die Verarmungspolitik der Bundesregierungen der letzten Jahre Mitschuld. Auch in unserer Stadt gibt es eine tiefe Kluft zwischen Arm und Reich. In Prohlis-Süd etwa lebt mehr als jede und jeder Vierte in einer Be-

darfsgemeinschaft, in Kleinzschachwitz sind es nur etwas mehr als drei Prozent. Die soziale Spaltung unserer Stadt muss auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit, des Stadtrats und auch einer neuen Stadtpitze. Von Armut bedrohte Menschen brauchen konkrete Maßnahmen, die ihre alltägliche Situation verbessert. Dazu gehört ein Sozialticket, das Mobilität bezahlbar macht, oder eine Ombudsstelle im Jobcenter, die Betroffenen hilft, ihre Rechte einzufordern. Im Doppelhaushalt 2015/2016 hat die neue Stadtratsmehrheit Maßnahmen vereinbart, die darauf zielen, von Armut bedrohten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und die weitere soziale Spaltung unserer Stadt zu verhindern. In den nächsten Wochen lassen wir dem konkrete Schritte folgen.



Foto: Henning Hraban Ramm / pixelio.de

### Sozialticket

Mobilität spielt eine entscheidende Rolle und ist eine grundlegende Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Für nicht wenige Personen und Haushalte in Dresden stellen die Kosten zur Nutzung von Bussen und Bahnen jedoch eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Deshalb braucht es Sozialtarife, die Menschen in Dresden mit geringen finanziellen Mitteln Zugang zur Mobilität zu ermöglichen.

Die Bilanz des 2011 eingeführten Sozialtickets fällt positiv aus, das Sozialticket wird von immer mehr Menschen mit entsprechender Berechtigung genutzt.

Das Problem: Die bisher gewährleisteten Rabatte sind nicht an die jährlichen Preissteigerungen der Fahrkarten gekoppelt und fallen dementsprechend jedes Jahr niedriger aus. In der Stadtratssitzung vom 11.12.2014 wurde eine Erhöhung der Haushaltsmittel für eine Ausweitung des Sozialtickets auf 50% des regulären Fahrpreises zugestimmt.

### TTIP und CETA

Seit Juli 2013 verhandeln die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika über ein Freihandelsabkommen, das den Waren- und den Dienstleistungsverkehr umfassen soll (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP). Der Abschluss der Verhandlungen wird für Ende 2015 angestrebt. Beendet sind dagegen die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und Kanada über ein Freihandelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA). Die Abschlussentscheidung zum CETA steht noch aus. Die Verhandlungen zu TTIP und CETA sind ein zusammenhängender Prozess.

Das Gelöbnis, auf das die Dresdner Stadträtinnen und Stadträte vereidigt wurden, verpflichtet sie, „... die Rechte der Landeshauptstadt Dresden gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nach Kräften zu fördern. ...“ Mit TTIP und CETA wären die Stadträtinnen und Stadträte gezwungen abzuwägen, ob sie entsprechend dem geschworenen Eid im Sinne der EinwohnerInnen oder, auf Grund möglicher Strafzahlungen durch



Gewinnschmälerungen im Sinne der Konzerne, entscheiden. Einem solchen Eingriff wollen wir uns mit einer Antragsinitiative entgegenstellen. Denn: Mit TTIP und CETA ist die Entscheidungshoheit des Stadtrates nicht mehr gewährleistet. Kommunale Maßnahmen, Regelungen und Bestimmungen könnten in Konflikt mit den Marktzugangspflichten des Abkommens geraten. Unsere Forderung: der vollständige Einblick in alle Verhandlungsdokumente, die Einbeziehung in die Verhandlungen und größtmögliche Transparenz und Öffentlichkeit.

### Einrichtung einer Ombudsstelle

Für Kundinnen und Kunden des Jobcenters bzw. der Agentur für Arbeit als Anlaufstelle vor konfliktreichen Auseinandersetzungen.

Konflikten zwischen Antragsstellerinnen und Antragsstellern von Arbeitslosengeld I oder II bzw. KundInnen des Jobcenters Dresden sind an der Tagesordnung. Oft wünschen sich Kundinnen und Kunden eine externe Beratung. Um zu gewährleisten, dass auch in Fällen, in denen die Kundinnen und Kunden des Jobcenters dem zugestellten Bescheid widersprechen, diesen eine unabhängige Beratung zugestanden wird, soll eine solche Ombudsstelle eingerichtet werden. Hier können Unklarheiten neutral betrachtet und behoben werden.



Foto: Lupo / pixelio.de



## KOLUMNE

ganz  
hinten  
links



von Jens Matthis

Dresden ist nicht Athen. Schon klimamäßig nicht. Vom politischen Klima gar nicht zu reden. In Dresden ein PEGIDA-Frösteln, in Griechenland der politische Frühling. Es hieß, Wasser in die Elbe zu schütten, würde man Eulen nach Athen tragen.

Und doch scheint sich nicht nur, wie wir von Marx gelernt haben, Geschichte beim zweiten Mal als Farce zu wiederholen, manchmal wiederholt sich auch große europäische Politik als sächsische Provinzposse.

Was wurde orakelt (!), die neue griechische Regierung könne nur eines von beiden, entweder ihre Wahlversprechen gegenüber dem griechischen Volk erfüllen oder aber die Anforderungen der EU-Finanzminister zur Sicherung notwendiger Kreditlinien. Insbesondere der deutsche Finanzminister drehte mächtig am Rad, um die Griechen scheitern zu lassen, intervenierte lautstark.

Und dennoch wurde das Unmögliche möglich, letztlich stimmte die Tafelrunde der europäischen Kassenwarte einem Reformprogramm zu, welches die Wahlversprechen zwar nicht sofort 100%ig umsetzt, aber eben auch kein Stück davon abbrückt und dabei finanzpolitisch solide ist.

In Dresden ging es nicht so schnell, es dauerte einige Wochen länger und es war es nur eine konservative Landesdirektion, die erst die ersten Beschlüsse der (vergleichsweise harmlosen) rot-grün-rot-orangen Stadtratsmehrheit in Bausch und Bogen beanstandete und sich mit der Prüfung des pünktlich beschlossenen Stadthaushaltes Zeit ließ.

Enthielt doch auch dieser Stadthaushalt so empörende Wahlversprechen, wie z.B. ein verbessertes Sozialticket und mehr Geld für Kinder und Jugendliche.

Dresdens CDU-Finanzbürgermeister sperrte vorübergehend lautstark alle neuen Ausgaben. Von Unseriösität, Rechtswidrigkeit und einer zu erwartenden Beanstandung des Haushaltes wurde orakelt.

Von drei Dutzend Beanstandungen an den Stadtratsbeschlüssen blieben nach einigem Hin und Her drei halbe übrig.

Und just am gleichen Tag wie das griechische Reformprogramm durch die EU-Finanzminister wurde auch der Dresdner Stadthaushalt durch die Landesdirektion unbeanstandet akzeptiert.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

# Auf der Flucht

von Max Kretzschmar

Somalia - Äthiopien - Syrien - Libyen - Sahara - Italien - Istrien - München - Chemnitz - Dresden - Gorbitz.

Eritrea - Äthiopien - Sudan - mit dem Plasteboot übers Mittelmeer von Libyen nach Sizilien - Lampedusa - Deutschland - Gorbitz.

Syrien - Türkei - Griechenland - Dortmund - Dresden - Gorbitz.

Was sich wie die zufällige Reihung von Länder- und Städtenamen liest, sind die vielmonatigen gefährlichen Fluchtwege junger Männer aus Eritrea, Somalia und Syrien, die vor Krieg, Hunger und Verfolgung versuchten, nach Europa zu fliehen. Angekommen sind sie vor einigen Monaten in Gorbitz, wo sie nun mit mehr als 400 Flüchtlingen in dezentralen Wohnungen der Gagfah untergebracht sind.

In Gorbitz ist man seit über acht Jahren darum bemüht, mit einer guten Willkommenskultur asylsuchende Menschen in den Stadtteil zu integrieren und das Leben in Gorbitz angenehmer zu gestalten. Das Gorbitzfest und auch das jährlich stattfindende Westhangfest sind mittlerweile populäre Stadtteilfeste, wo im interkulturellen Austausch die Neuankömmlinge mit den Gorbitzerinnen und Gorbitzern ins Gespräch kommen. Wöchentlich können Asylsuchende jeweils mittwochs, organisiert durch das Quartiersmanagement Gorbitz, thematische Sprechstunden mit dem Motto „Gorbitz gibt Asyl“ besuchen. Im „Mittelpunkt“ fand nun Mitte Februar ein Erfahrungsaustausch junger Asylsuchender mit VertreterInnen sozialer Einrichtungen, der Polizei und dem Sächsischen Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden e. V. (SUFW) und interessierten Gorbitzerinnen und Gorbitzern statt, um die gemeinsame Zusammenarbeit zu vertiefen.

Junge Somalier, Syrer und Eritreer berichteten über ihre Erfahrungen in ihren Heimatländern: Das repressive, menschenverachtende Regime in Eritrea zwingt Männer lebenslang in den Armeedienst - das Land ist seit einem Grenzkrieg mit Äthiopien im permanenten Zustand der Generalmobilmachung, die Rekruten dabei der Willkür und der für ihre Gewalt bekannten Offiziere ausgesetzt. Nicht vorhanden ist eine Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Eritrea, selbst einer falschen Religion an-



Die jungen Männer aus Eritrea, Somalia und Syrien erzählten über ihre gefährliche monatelange Flucht aus den Kriegsgebieten in Afrika, Katja Baumgarten (Bildmitte) übersetzt  
Fotos: Uwe Baumgarten

zugehören, kann mit einer willkürlichen Haftstrafe enden; Amnesty International schätzt, dass gegenwärtig 10.000 Menschen in Gefängnissen sitzen.

Auch in Somalia sind kriegerische Auseinandersetzungen seit vielen Jahren täglich präsent für die Bevölkerung. Die Islamisten der Schaab-Milizen kämpfen gegen Regierungstruppen in dem Krisenland. Erst kürzlich wurden bei einem Selbstmordanschlag in Mogadischu 20 ZivilistInnen getötet. Junge Menschen in Flüchtlingslagern berichten darüber, dass sie gar nichts anderes kennen als Kriegszustand in ihrem Land - seit einem Vierteljahrhundert herrscht Krieg in Somalia. Nach wie vor ist vor allem die Menschenrechtslage von Flüchtlingen in Nordafrika extrem prekär, besonders in Libyen, von wo die meisten Flüchtlinge nach Europa aufbrechen.

Hier in Dresden angekommen, sind es vor allem die Sprachschwierigkeiten, welche die jungen Leute aus Afrika und Syrien gern schnell überwinden wollen: Sprache wird von ihnen als Schlüssel für eine gute Integration gesehen. Leider sind entsprechende Angebote für Deutschkurse in Dresden Mangelware. Die gut ausgebildeten Computeringenieure, Buchhalter, Lehrer, BWL-Öko-

nomen, Krankenpfleger, Mechaniker und LKW-Fahrer würden gerne ihre fachlichen Fähigkeiten in ihren erlernten Berufen ausüben, können darauf jedoch erst nach den abgeschlossenen Asylverfahren hoffen: Arbeit ist in den ersten neun Monaten ihres Aufenthalts für sie verboten, außerdem unterliegen sie einer repressiven Residenzpflicht, die erst nach drei Monaten aufgehoben wird.

Hinzugekommen ist bei den Migrantinnen und Migranten durch die Pegida-Aufmärsche in den letzten Monaten eine verstärkte Angst vor ausländerfeindlichen Übergriffen in der Stadt. Mehr als die Hälfte der Anwesenden hat Angst, sich diesbezüglich an die Polizei zu wenden.

Ein angesprochenes Problem, das der fehlenden Deutschkurse, wird sehr zeitnah durch ehrenamtliches Engagement gelöst werden: Die Dolmetscherin an diesem Nachmittag im „Mittelpunkt“, Katja Baumgarten, wird künftig einmal pro Woche allen Interessierten Deutschstunden anbieten. Ein Angebot, das gut in die seit Jahren couragierte Integrationsarbeit der Gorbitzer Initiativen passt.

Und: mittlerweile gibt es auch in Löbtau das „Netzwerk „Willkommen in Löbtau“.



Eine bunt gemischte Veranstaltung

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

#### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de  
V.i.S.d.P. André Schollbach  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Kerstin Wagner, Pia Barkow, Jens Matthis, Max Kretzschmar  
Fotos: pixelio.de, Uwe Baumgarten  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 05.03.2015  
Druck: Lausier Rundschau Druckerei Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 3.000 Exemplare  
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog